

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 07. November 2025



In dieser Ausgabe

**Stärkung der
Landwirtschaft**

Stärkung der Industrie

**Stärkung des
Finanzstandorts**

Stärkung des ÖPNV

**Stärkung der Pflege
und des
Gesundheitswesens**

**Beschlüsse des
Kabinetts**

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

allein 14 Gesetze standen in dieser Sitzungswoche in 2./3. Lesung auf der Tagesordnung zum Beschluss.

Dazu gehören - wie vor der Bundestagswahl versprochen - u. a. Entlastungen für die Landwirtschaft beim Agrardiesel und der Bürokratie. Außerdem werden Bürger und Unternehmen durch die Abschaffung der Gasspeicherumlage entlastet. Im Bereich Industrie und Klimaschutz stoßen wir den technologischen Fortschritt mit den beiden Technologien CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) an und schaffen damit die Voraussetzung für die Kohlendioxid-Speicherung sowie die Kohlenstoffabscheidung und -nutzung.

Über die Situation in Syrien im Zusammenhang mit der Migrationsfrage ist eine Debatte über Rückführungen entbrannt. Die Äußerung des Bundesaußenministers wurde in der öffentlichen Diskussion aus dem Zusammenhang gerissen. Entscheidend ist die tatsächliche Lage vor Ort: Der syrische Bürgerkrieg ist beendet und in weiten Teilen des Landes ist eine Rückkehr für viele ausgereiste Syrer inzwischen möglich und zumutbar. Der Wiederaufbau Syriens kann nur durch seine eigenen Bürger gelingen. Deshalb sollen diejenigen Syrer, die in Deutschland keine Niederlassungserlaubnis besitzen und weiterhin auf Sozialleistungen angewiesen sind, im ersten Schritt zur freiwilligen Rückkehr ermutigt werden. Zugleich wird daran gearbeitet, Straftäter und sonstige Ausreisepflichtige in enger Abstimmung mit der syrischen Seite zurückzuführen.

Der Schutzstatus von Bürgerkriegsflüchtlingen ist von Anfang an als vorübergehender Aufenthalt gedacht. Wenn die Fluchtgründe entfallen, besteht die Pflicht zur Rückkehr. Nur wenn dieses Prinzip gilt, bleibt in Deutschland und Europa die Bereitschaft erhalten, in künftigen Krisen Schutz zu gewähren.

Mehr zur Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter www.cducs.de.

Alles Gute


Ihr Hermann Färber

STÄRKUNG DER LANDWIRTSCHAFT <<<

Mit der vollständigen Wiedereinführung der **Agrardieselerückvergütung** von 21,48 Cent pro Liter Diesel zum 1. Januar 2026 unterstützen wir die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit rund 430 Millionen Euro jährlich.

Wir verbessern insgesamt die Rahmenbedingungen, indem wir Planungssicherheit schaffen und damit die Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Wirtschaftszweiges stärken.

Außerdem erweitern wir die zeitlichen Grenzen der **sozial-versicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung** mit Rücksicht auf den besonderen Bedarf der Landwirtschaft an Saisonbeschäftigten auf 90 Arbeitstage oder 15 Wochen (die bei einer 6-Tage-Woche 90 Arbeitstagen entsprechen).

Und schließlich werden mit dem ebenfalls beschlossenen **Agrarstatistikgesetz** die europäischen Vorgaben zur Agrarstrukturerhebung 2026 umgesetzt und die Bodennutzungsdaten auf vorliegende Verwaltungsdaten umgestellt. Durch diesen zentralen Fortschritt entfällt für viele Betriebe die Pflicht zur gesonderten Meldung. Das entlastet die Landwirtschaft spürbar.



Bildquelle: Canva.

>>> STÄRKUNG DER INDUSTRIE

Die **Abschaffung der Gasspeicherumlage** ist beschlossen. Das bedeutet eine Entlastung aller Gaskunden, private Haushalte wie Unternehmen. Die Entlastung für einen Vier-Personen-Haushalt beträgt je nach Verbrauch zwischen ca. 30 bis 60 Euro im Jahr. Zudem wird die Abschaffung der Gasspeicherumlage auch zu einer Entlastung bei den Strompreisen beitragen, da Gaskraftwerke oftmals die preissetzende Stromerzeugungsart sind. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen rund 3,4 Mrd. Euro.

Im Sinne unseres Industriestandortes und des Klimaschutzes verabschieden wir ein novelliertes **Kohlendioxid-Speicherungsgesetz**. Mit CCS (Carbon Capture and Storage) und CCU (Carbon Capture and Utilization) kann CO₂ abgeschieden werden, bevor es in die Atmosphäre gelangt. Diese Verfahren sind insbesondere für schwer vermeidbare Emissionen von großer Bedeutung – etwa in der Zement-, Kalk- und Chemieindustrie, aber künftig auch für moderne Gaskraftwerke, die in das CO₂-Management einbezogen werden können.

Wir verbessern ebenso den Rechtsrahmen umfassend:

1. für den schnellen Aufbau einer CO₂-Transportinfrastruktur,
2. für den Export in europäische Speicher und
3. mit einer Länderöffnungsklausel, die freiwillig auch Onshore-Speicherung ermöglicht.

So schaffen wir Planungssicherheit, beschleunigen Genehmigungen und stärken den Industriestandort Deutschland.

Das ist für die CDU/CSU sowohl ein technologiepolitischer Quantensprung, als auch ein Erfolg, denn wir haben uns seit Jahren starkgemacht für CCS/CCU, für Technologieoffenheit statt Ideologie, und dafür, dass Bürokratieabbau und Beschleunigung Vorrang vor neuen Auflagen bekommen.

CCS und CCU sind kein Widerspruch zu Klimaschutz, sondern seine industrielle Grundlage – für sichere Arbeitsplätze, saubere Technologien und eine starke Wirtschaft in Deutschland.

STÄRKUNG DES INDUSTRIESTANDORTES

Mit dem sog. **Standortfördergesetz** haben wir diese Woche bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen auf den Weg gebracht. Damit stärken wir den Finanzplatz Deutschland insgesamt.

Schwerpunkt des Gesetzes bilden Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von Unternehmen und für einen wettbewerbsfähigeren Finanzstandort, insbesondere durch steuerliche Impulse für private Investitionen in Infrastruktur, erneuerbare Energien sowie in kleinere Unternehmen und Start-ups (Venture Capital). Hinzu kommen Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie.



Bildquelle: Canva.

STÄRKUNG DES ÖPNV



Bildquelle: Canva.

Mit dem Regionalisierungsgesetz wird die **Finanzierung des Deutschlandtickets im Zeitraum von 2026 bis 2030 sichergestellt**. Ab 2026 erfolgt aufgrund der gestiegenen Kosten eine Preisanhebung auf 63 Euro pro Monat. Ab 2027 folgt eine Preisfortschreibung anhand eines Kostenindexes.

Bund und Länder beteiligen sich bis 2030 mit jährlich je 1,5 Mrd. Euro an den Kosten. Damit schaffen wir Planungssicherheit für Kunden und ÖPNV-Unternehmen.

STÄRKUNG DER PFLEGE UND DES GESUNDHEITSWESENS

Mit dem **Gesetz zur Befugnisserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege** werden die Rahmenbedingungen für Kompetenzen von professionellen Pflegekräften sowie deren Ausübung verbessert, sie werden an den aktuellen Stand angepasst und modernisiert.

Damit können wir die Versorgung verbessern, das Berufsbild wird attraktiver gemacht und wir wirken mit diesen Maßnahmen auch dem Fachkräftemangel entgegen. Außerdem gehen wir weitere Schritte in Richtung des dringend notwendigen Bürokratierückbaus.

Im parlamentarischen Verfahren wurden zudem notwendige Regelungen zur Stabilisierung des Beitragssatzes in der GKV ergänzt, um das im Jahr 2026 drohende Defizit von 2 Mrd. Euro zu schließen.



Bildquelle: Canva.

»»» ENTLASTUNGSKABINETT: BESCHLÜSSE DES KABINETTS VOM 05.11.2025

In der Kabinettsitzung dieser Woche lag ein besonderer Schwerpunkt auf Entlastungsmaßnahmen. Seit ihrem Amtsantritt hat die Bundesregierung bereits bedeutende Entlastungen für Bürger, Unternehmen und die Verwaltung auf den Weg gebracht, die eine Entlastungswirkung von insgesamt über 3 Milliarden Euro jährlichem Erfüllungsaufwand haben.

Nun wurden eine Reihe von weiteren Entlastungsvorhaben beschlossen, u. a.:

- Bericht über Maßnahmen für Bürokratierückbau
- Gesetzentwurf zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten
- Gesetzentwurf für den Bürokratierückbau im Bereich des Bundesministeriums des Innern
- Eckpunkte zum Aufbau einer Work-and-Stay-Agentur für Fachkräfteeinwanderung
- Eckpunkte zur Initiative Einführung von Künstlicher Intelligenz in Visumverfahren und Migrationsverwaltung.

Weitere Informationen zu den
Beschlüssen des
Bundeskabinetts finden Sie
hier

Mit dem oben aufgeführten Bericht über Maßnahmen für Bürokratierückbau wird zudem einen Ausblick zu den nächsten Schritten, mit denen weitere substantielle Entlastungen auf nationaler und auf EU-Ebene angestrebt werden, gegeben.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de